338.1
G3171e

Ernährung und Zeugung

THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY
338.1
G3171e

Ernährung und Teuerung

Ausgabe der „Ernährung im Kriege“
für
Frühjahr 1916

Herausgegeben vom Ministerium des Innern

338.1
G317e

Vorwort.

Im Frühjahr 1915 wurde vom Ministerium des Innern zum ersten Male eine kurz zusammenfassende Darstellung der Ernährungsschwierigkeiten und ihrer Lösung herausgegeben. Damals galt es, weite Kreise der Bevölkerung über Art und Umfang des von den Feinden begonnenen Wirtschaftskrieges zu unterrichten. Es galt, bis in das letzte Dorf unseres Vaterlandes die Erkenntnis zu tragen, daß ein Teil des mit den Waffen geführten Krieges der Wirtschaftskrieg ist, der zum Siege geführt werden muß durch Gesetze und Verordnungen des Staates, durch die tapfere, opferwillige Mitarbeit jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau ohne Unterschied von Stand und Beruf.

Wie der Kampf auf dem Schlachtfelde vom Volke in Waffen, so ist der Wirtschaftskampf von der unbewaffneten Heim-Armee entschlossen und mit dem Willen zum Siege aufgenommen worden. Wenn nach der langen Dauer auch des Wirtschaftskrieges die Feinde dem erhofften Erfolge keinen Schritt näher gekommen sind, so dankt das das deutsche Volk in erster Linie sich selbst. Anders als im Kampf der Waffen kann im Wirtschaftskriege unser Sieg nicht erstritten werden durch die Bezwingung des Feindes. Deutschland, vom Weltmeere abgeschnitten, mit geschlossenen Häfen und meist gesperrten Grenzen, ist wirtschaftlich in der Verteidigung. Es ist wirtschaftlich siegreich, wenn die angreifenden Feinde erkannt haben, daß ihr vereinigter Ansturm gegen die gesunde wirtschaftliche Kraft Deutschlands vergebens ist.

Noch ist auch der Wirtschaftskrieg im Gange. Die Feinde nähren ihre Siegeshoffnungen an den Schwierigkeiten, die

dem deutschen Volk aus der Dauer des wirtschaftlichen Kampfes erwachsen sind. Wir Deutschen kennen diese Schwierigkeiten. Aber wir wissen, daß sie überwunden werden können, wenn die lösbaren Schwierigkeiten gelöst, die unlösbaren mit Stärke ertragen werden.

Deutschland steht wirtschaftlich unter Kriegsnot. Darin unterscheidet sich dieser Weltkrieg von allen Kriegen der Vergangenheit, daß er dem siegreichen deutschen Volk auch Nahrungssorgen auferlegt, die Deutschlands Frauen und Kinder zu Mitkämpfern machen. Der Blick auf die Heldentaten der in zahllosen Schlachten siegreichen deutschen Männer hat auch die Frauen zu stark und zu stolz gemacht, über den Haushaltssorgen des Krieges zu verzagen.

Es konnte nicht erwartet werden, daß mit der Dauer des Wirtschaftskrieges die anfänglichen Schwierigkeiten der Volksernährung abnehmen oder gar verschwinden würden. Im Gegenteil mußten neue Sorgen zu den ersten hinzutreten. Es mußten sich wie im Waffenkampf auch im Wirtschaftskrieg die Opfer mit der Dauer vermehren. Damit ist von Anfang an gerechnet worden. Das hat jeder Einsichtige im deutschen Volke gewußt. Das hat kein Tapferer gefürchtet in der Zuversicht, daß die deutsche Kraft und der deutsche Willen doch immer stärker bleiben werden als die härteste Kriegsnot. Diese Zuversicht hat nicht getäuscht. Das deutsche Volk trägt wohl schwere wirtschaftliche Sorgen, aber es erträgt sie auch der Welt von Feinden zum Trotz.

Waren die Monate des Winters und Frühjahrs, die der Ernte von 1915 vorangingen, nicht leicht gewesen, so sind die Monate dieses Jahres in mancher Hinsicht schwerer. Freilich, Hunger ist niemals zu besorgen in der Heimat der höchstentwickelten, der leistungsfähigsten Landwirtschaft. Aber es sind die Reste aus überseeischer Einfuhr, die bei Kriegsbeginn vorhanden waren, allmählich aufgezehrt. Sie können nur

sparsam auf dem von unseren und unserer drei Verbündeten heldenhaften Truppen geöffneten Wege zum nahen Osten ergänzt werden. Der deutsche Haushalt ist noch einfacher geworden. Die vor Jahresfrist vorausgesehene Einschränkung in Fleisch und Fett ist nun Notwendigkeit geworden. Zu den Haushaltsschwierigkeiten in der Wahl der Lebensmittel sind Teuerungssorgen getreten. Hohe Preise erschweren die Haushaltsführung des Unbemittelten. Es ist Kriegsnot auch am Herd. Sie muß getragen werden und sie kann ertragen werden, weil das deutsche Volk die ruhige Gewißheit hat, daß der Mangel im Haushalt nie zur Not werden kann. Denn Deutschland hat Nahrungsmittel genug, um jede Kriegsdauer zu überstehen.

Festhalten und Durchhalten im Willen zum Siege: das ist gerade jetzt die Forderung, wo eine so lange Kriegszeit Deutschlands Heere überall siegreich, die Feinde stets erfolglos gesehen hat. Mit den Sorgen, die wirtschaftlich der Daheimgebliebene trägt, stattet er nur einen selbstverständlichen Dank ab an die Männer im Felde, die mit ihrem Leibe Deutschland vor der Überzahl der Feinde schirmen. Sind die Haushaltssorgen auch manches Mal schwer zu tragen, so wiegen sie doch leicht vor den Opfern und Entbehrungen, den Heldentaten ohne Zahl auf den Schlachtfeldern, die dem einen und einzigen Zwecke gelten, ein siegreiches Deutschland in künftiger Friedenszeit dauernd vor der wirtschaftlichen Bedrückung zu bewahren, die das deutsche Volk in dieser Kriegszeit zu tragen hat. Das ist gewiß: ein besiegtes Deutschland würde gerade wirtschaftlich, auch in Küche und am Herd, für alle Zukunft Kriegsnot zu leiden haben.

I. Das erste Erntejahr im Kriege.

Als im August 1914 Deutschland von allen Seiten angegriffen wurde, erkannte das deutsche Volk die furchtbare Größe der militärischen Gefahr im ersten Augenblick. Jeder Deutsche verstand, daß kein Arm fehlen durfte zur Verteidigung der teuren Heimat. Vom Jüngling bis zum ergrauten Mann eilten Deutschlands Männer unter die Fahnen. Die Frauen trugen stark ihr schweres Geschick und griffen, wo es not tat, die verwaiste Arbeit an. Deutschland war in wenigen Tagen in vollendeter Kampfbereitschaft. Enttäuscht mußten die Feinde einsehen, daß die Überraschung des Überfalls mißlungen war.

Später erst aber wurde das deutsche Volk die Größe der wirtschaftlichen Gefahr gewahr, mit der die Feinde Deutschland bedrohten. Es lag im Plan unserer Gegner, dem Stoß der an Zahl übermächtigen Feinde gegen die offenen Grenzen des Deutschen Reiches vernichtende Gewalt zu geben durch den gleichzeitigen Abschluß der deutschen Küsten und Grenzen von der anderen Welt. Unsere Feinde wußten sehr wohl, welche Mengen von Nahrungs- und Futtermitteln, von Rohstoffen und Fabrikaten Deutschland im Frieden vom Auslande, vor allem über See, bekommen hatte. Auf die Zahlen unserer Einfuhr gründeten sie ihre Rechnung auf die schnelle oder allmähliche wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands. Diese feindliche Rechnung spielte eine um so größere Rolle, je mehr die militärischen Erfolge gegen Deutschland ausblieben, und je länger der Krieg dauert. Haben unsere Gegner zuweilen während des Krieges erschöpft geringere Angriffslust und Widerstandskraft gezeigt, so haben sie den wirtschaftlichen Kampf mit um so größerem Nachdruck geführt. Der Wirtschaftskrieg hat mit der Kriegsdauer an Schärfe gewonnen.

Er wird schwerlich nachlassen, ehe Deutschland nicht den vollen militärischen Sieg in Händen hält.

Die deutsche Industrie ist der Kriegsschwierigkeiten bald Herr geworden. Wohl ruht der Betrieb auf einzelnen Gebieten der Fabrikation ganz oder zum Teil. Aber mit den gewaltigen Anforderungen des Heeresbedarfs sind ihr neue große Aufgaben gestellt worden. Erfindungsgeist und Organisationsbegabung haben neue Wege industrieller Betätigung gesucht und gefunden. Die zu Beginn des Krieges auftauchende Sorge vor allgemeiner Arbeitslosigkeit unter den daheimgebliebenen Arbeitern konnte bald schwinden. Mit der Absperrung der Zufuhr von Rohstoffen aus dem Auslande, des Absatzes von deutschen Fabrikaten im Auslande haben die Feinde von Anfang an keinen Erfolg in ihrem Wirtschaftskampf gegen Deutschland erringen können.

Schwerer aber legte sich der Druck des Wirtschaftskrieges auf unsere Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Am 4. August 1914 stand die Ernte größtenteils auf den Feldern. Ländliche Besitzer und Arbeiter wurden zu den Fahnen berufen. Alle Hände boten sich zur Mithilfe. Ohne Säumen wurde die Ernte geborgen. Alsbald ergangene Ausfuhrverbote sorgten dafür, daß kein Nahrungsmittel mehr an das Ausland verloren ging. Es wurde die Zentral-Einkaufsgesellschaft gegründet und beauftragt, Nahrungsmittel und Rohstoffe aus dem Ausland einzuführen.

Der Reichstag gab der Regierung am 4. August 1914 Vollmacht zu allen gesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft, insonderheit das Recht, Höchstpreise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, vor allem für Lebensmittel, festzusetzen. Für die nun folgenden ersten Maßnahmen der Regierung waren maßgebend die Ziffern unserer Nahrungsmittel-Einfuhr und -Ausfuhr während der letzten Friedenszeit. Es stand nach den Zahlen fest, daß es uns an

Weizen fehlen mußte, Roggen aber und Kartoffeln für die menschliche Ernährung ausreichend in der Heimat geerntet wurden. Für die Fleischversorgung stand ein gewaltiger Reichtum an Schweinen und Rindvieh zur Verfügung. Allerdings war unser deutscher Vieh-Reichtum, der Deutschlands Fleischversorgung im Frieden beinahe vollständig unabhängig von ausländischen Vieh- und Fleischzufuhren gemacht hatte, gewonnen und erhalten worden durch eine sehr große Einfuhr von Futtermitteln aus dem Auslande. Auch diese Einfuhr unterband der Wirtschaftskrieg. Wir waren auch mit der Fütterung des Viehs auf die heimische Erzeugung angewiesen. Es mußte die Frage entstehen, ob unsere heimische Erzeugung für Mensch und Vieh in vollem Umfange ausreichen würde. Diese Frage wurde entscheidend für die Lösung fast aller Aufgaben der Volksernährung im Kriege. Sie ist nicht sogleich in ihrer vollen Bedeutung erkannt worden. Sie ist mit der Dauer des Krieges aber unvermindert ausschlaggebend geblieben.

Nachdem schon zuvor der Brennereibetrieb eingeschränkt worden war, erging am 28. Oktober 1914 das Verbot, Getreide und Mehl an das Vieh zu verfüttern. Dies Verbot ist später noch verschärft worden unter harten Strafandrohungen. Es hat seine Geltung behalten. Bis auf diesen Tag ist ein erstes und ernstes Kriegsgebot: „Wer Brotgetreide verfüttert, versündigt sich am Vaterlande!"

Angesichts unseres Mangels an Weizen wurde bestimmt, daß alles Weißbrot vermehrten Roggenmehlzusatz erhalten müsse. Um den größeren Verbrauch an Roggen auszugleichen, ordnete die Regierung an, daß in das Roggenbrot Kartoffeln verbacken werden müssen. Die Kartoffeltrocknungsanlagen wurden vermehrt, um die sonst verderbliche Kartoffel haltbar für das Einbacken in das Brot sowohl wie für Futterzwecke zu machen. Die Vorschriften über die ausgiebigere Aus-

mahlung des Getreides bewirkten eine Vermehrung unseres Mehlvorrats. Das Mehl wurde fortan weniger fein. Freilich wurde gleichzeitig der Vorrat an Kleie, diesem als Futtermittel so überaus wichtigen Rückstande beim Ausmahlen des Korns, geringer.

Gleichzeitig wurden Höchstpreise für Roggen, Weizen, Kleie und Gerste festgesetzt, später auch für Speisekartoffeln, Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei; denn Spekulation hatte sich alsbald nach Kriegsausbruch dieser wichtigsten Nahrungsmittel bemächtigt.

Gegen Ende des Jahres 1914 erhob sich die erste Sorge vor unseren Getreidevorräten. Es war trotz aller Verbote erkennbar, daß doch noch Getreide an das Vieh verfüttert wurde. Die höheren Mehlpreise und die Backvorschriften hatten die Bevölkerung weder zu sparsamerem Verbrauch von Mehl veranlaßt, noch hatten sie bewirkt, daß nicht mehr das feine und verschwenderische Gebäck der Friedensjahre hergestellt wurde. Die Getreidevorräte schmolzen mehr und mehr zusammen. Die Sorge war berechtigt, es könnte eines Tages Mangel an Brot entstehen. Da legte die Regierung am 25. Januar 1915 die Hand auf alles vorhandene Brotgetreide. Die schon vorher gegründete Kriegsgetreidegesellschaft kaufte die Kornvorräte im Lande auf. Eine Reichsverteilungsstelle ordnete die planmäßige Verteilung auf den Kopf der Bevölkerung an. Den Gemeinden fiel die Aufgabe zu, das empfangene Mehl auf die Bäcker zu verteilen, den Bezug von Mehl und Brot in der Bevölkerung zu regeln. Es wurde die Brotkarte eingeführt.

Mit dieser durchgreifenden Regelung der Brotversorgung waren wir einer ernsten und dringenden Gefahr entgangen. Sie hatte als eine Warnung gewirkt, und an die Stelle der ersten Sorglosigkeit zu Beginn des Krieges traten Besorgnis und gesteigerte Aufmerksamkeit. Überall erhob sich die Frage,

ob die Versorgung mit dem nächst dem Brot wichtigsten Nahrungsmittel, mit Kartoffeln, gesichert sei. Eine in Eile vorgenommene Bestandsaufnahme ergab ein erschreckend ungünstiges Ergebnis. Wohl zweifelten landwirtschaftliche Sachverständige die Richtigkeit des Ergebnisses an, weil bei der Prüfung der Vorräte die Mieten nicht hatten geöffnet werden können. Aber ein Beweis war im Augenblick nicht zu erbringen. In der Bevölkerung wurde ernste Besorgnis laut. Aus Kreisen der Wissenschaft und der landwirtschaftlichen Praxis wurde dargetan, eine wie starke Einbuße unser Kartoffelvorrat erleiden müsse durch die Erhaltung unseres gewaltigen Reichtums an Schweinen. So ward der Entschluß gefaßt, unseren Schweinebestand durch Zwangsabschlachtung zu verringern, um den nach der Bestandsaufnahme anscheinend so geringen Vorrat an Kartoffeln der menschlichen Ernährung zu sichern.

Als mit beginnender wärmerer Jahreszeit die Mieten geöffnet wurden, ergab sich ein Überschuß an Kartoffeln, der den Brennereien und den Kartoffeltrocknungsanlagen zugeführt werden konnte. Die Kartoffel-Vorräte wurden auf diese Weise der Volkswirtschaft gerettet und haben die Brotstreckung in den ersten Monaten der neuen Ernte ermöglicht.

Inzwischen reifte die neue Ernte heran. Es war die Aufgabe, die Erfahrungen, die im ersten Jahre gemacht waren, für das neue Erntejahr zu nützen.

II. Die zweite Kriegsernte.

Sorgsam war die zweite Kriegsernte vorbereitet worden. Das notwendige Saatgut war bereitgestellt und den Landwirten zugänglich gemacht worden. Arbeitskräfte zur Feldbestellung wurden aus dem Heere beurlaubt. Staatsmittel

hatten die Beschaffung motorischer Pflüge erleichtert. Alles irgend nutzbare Land bis hin zu den freien Bauplätzen in Städten ward bestellt. Der Rübenbau wurde zugunsten des Kartoffel- und Körnerbaus eingeschränkt. Auch über das eroberte Feindesland ging der deutsche Pflug.

Die sparsame Einteilung der Getreide-Vorräte aus der Ernte von 1914 gab uns einen nennenswerten Überschuß an Brotgetreide für das neue Jahr. Die Besorgnis um unsere ausreichende Versorgung mit Kartoffeln hatte sich als gegenstandslos erwiesen. Ein großer Vorrat alter Kartoffeln stand noch zum Verkauf, als die ersten Frühkartoffeln schon auf dem Markt erschienen. Freilich, unser Bestand an Schweinen war verringert durch die Schlachtungen, die einer vermeintlich nahen Kartoffelnot hatten abhelfen sollen. Waren auch Vorräte an Dauerwaren zurückgelegt worden, so mußte doch mit einer kommenden größeren Knappheit an Schweinefleisch gerechnet werden. Das um so mehr, als die Futtermittel knapp blieben und mit der Dauer des Krieges knapper wurden. Durften wir auch mit einer notdürftigen Ernährung unseres heimischen Viehstandes rechnen, so war doch die Vieh-Mästung sichtbar in Frage gestellt. Tatsächlich ergaben sich, wie im ersten Erntejahr, so auch im zweiten die fühlbarsten Ernährungsschwierigkeiten aus dem Mangel an Futtermitteln. Allerdings sind diese Schwierigkeiten in anderen Formen als im Vorjahre aufgetreten, nicht von heut auf morgen, sondern allmählich und gerade auf solchen Gebieten der Nahrungsmittelversorgung, wo sie die Haushaltsführung der Minderbemittelten wachsend empfindlich getroffen haben. Vor der neuen Ernte wurden diese Sorgen nicht vorhergesehen. Das deutsche Volk ging nach den überstandenen und überwundenen Getreide- und Kartoffel-Besorgnissen guten Mutes und voll gefesteter Zuversicht an die neue Ernte.

Den Getreide-Feldern war das Wetter nicht günstig. Es war schon im Sommer offenbar, daß besonders die Hafer-Ernte knapp ausfallen würde. Um so gesegneter war die Kartoffelernte. Wir durften bei vermehrter Anbaufläche mit hohem Ertrag rechnen. Das Einbringen der Ernte stellte an die deutschen Landwirte gewaltige Anforderungen. Die besten Arbeitskräfte standen unter der Fahne. In zahlreichen Betrieben fehlten Besitzer und Leiter. Die Frauen, die Kinder griffen zu an der Seite der Kriegsgefangenen, deren Mehrzahl an deutsche Ausdauer und deutschen Fleiß nicht gewohnt ist. Zudem fehlte es allenthalben an Spannvieh, da die kräftigen Arbeitspferde ausgehoben waren. Nicht selten gebrach es an Fuhrwerk. Noch während die Kartoffeln eingeerntet wurden, mußte auf das Dreschen des Korns gedrungen werden. Trotzdem kam die volle Ernte unter Dach. Es galt, sie einzuteilen und zu verteilen.

Für die Versorgung mit Brot und Mehl wurde im großen und ganzen an der Regelung festgehalten, die sich so vortrefflich bewährt hatte. Kriegsgetreidegesellschaft und Reichsverteilungsstelle gingen in die Reichsgetreidestelle über. Der größten Zahl der Landkreise wurde die Selbstversorgung mit Getreide gestattet derart, daß sie nach Deckung ihres eigenen Bedarfs den Überschuß zur Verfügung des Gesamtbedarfs der Bevölkerung zu halten haben. Die Brotkarte wurde beibehalten. Die anfänglich nach der neuen Ernte erhöhte Ration mußte allerdings zu Beginn des Jahres 1916 wieder auf die Höhe des Vorjahres herabgesetzt werden. Ebenso ließ sich die Bereitstellung größerer Mengen an Futtermitteln aus den Rückständen der Ausmahlung und aus geringer wertigem Korn nicht aufrecht erhalten[1]). Vor einer Sorge um unser Brot sind wir durch die Regelung der Getreide- und Mehl-Verteilung für alle Kriegsdauer be-

[1]) Näheres im Abschnitt: Getreide und Brot.

wahrt. Die schwer arbeitende Bevölkerung erhält nach wie vor höhere Ration. Die anderen bekommen ihren nicht reichlichen, aber ausreichenden Anteil.

Der Kartoffelvorrat hatte sich im ersten Jahre schließlich als überreich erwiesen. Es war deshalb im neuen Jahre anfänglich nicht beabsichtigt, regelnd in die Versorgung des Volkes mit Kartoffeln einzugreifen. Die Hoffnung war nicht unberechtigt, es werden sich bei reichem Vorrat Angebot und Nachfrage selbsttätig befriedigend ausgleichen. Diese Hoffnung hat gleichwohl getäuscht. Um unerträglichen Preisschwankungen und Preissteigerungen zu begegnen, griff die Regierung am 9. Oktober 1915 mit einer Festsetzung von Höchstpreisen neu in die Kartoffelversorgung ein. Um die Lieferung von den Erzeugungsgebieten nach den Bedarfsorten in besseren Fluß zu bringen, ward gleichzeitig den Gemeindeverbänden ein Verfügungsrecht über 10 v. H. der Kartoffelernte von Landwirten, die eine Bodenfläche von mehr als 10 Hektar in Besitz haben, eingeräumt. Das Verfügungsrecht wurde demnächst auf den Besitz von 1 Hektar und darunter erstreckt und weiterhin auf 20 v. H. der Ernte erhöht. Die Städte wurden verpflichtet, innerhalb der allgemein gültigen Höchstpreise Kleinhandelspreise festzusetzen.

Die verhältnismäßig niedrigen Kartoffelhöchstpreise machten aber bei den allgemein sehr hohen Futtermittelpreisen die Kartoffel zum unverhältnismäßig billigen Futtermittel. Es war nur zu natürlich, daß der Landwirt sich dazu angehalten fand, anstatt teure Futtermittel einzukaufen, die Kartoffeln lieber zu verfüttern als zum Markt zu bringen. Die Heraufsetzung der Kartoffelhöchstpreise wurde unvermeidlich. Aber Staat und Reich übernahmen die Sorge dafür, daß für die Verbraucher die Kartoffeln bis zum Frühjahr nicht teurer wurden. Trotz alledem bleibt die Kartoffelversorgung eine schwierige Aufgabe und muß es sein, weil die

für das Getreide getroffene großzügige und einfache Regelung auf die Kartoffelverteilung nicht übertragbar ist. Transport- und Lieferungsschwierigkeiten kehren immer in verschiedenen Formen bei dem gewaltigen täglichen Bedarf wieder. Schwierig bleibt die Überleitung aus dem Großhandel in den Kleinhandel. Dabei ist die Kartoffel neben dem Brot das wichtigste, das unentbehrlichste Nahrungsmittel.

Handelt es sich bei den Kartoffeln um eine Zufuhr- und Verteilungsfrage, so ist bei zahlreichen anderen Nahrungsmitteln bei knappem Vorrat mehr und mehr die Preis-, die Teuerungssorge in den Vordergrund gerückt. Das erste Kriegsjahr hatte uns diese Sorge noch nicht sehr schwer gemacht. Im zweiten Kriegsjahr hat sie sich wuchtiger auf uns gelegt. Die Kriegs e r n ä h r u n g s frage ward vom ganzen Volke schnell verstanden und darum, wenn nicht leicht, so doch gern getragen. Die Kriegs t e u e r u n g ist mit ihren oft tief und weit liegenden Ursachen nicht leicht zu verstehen und mit Recht darum schwerer tragbar.

III. Teuerung.

Kriegszeiten sind teure Zeiten. Die alte Wahrheit hat in der neuen Zeit nicht verloren, sondern an Geltung gewonnen. Seitdem die Kriege Volkskriege geworden sind, die alle waffenfähigen Männer zur Fahne rufen, greifen sie tiefer in das wirtschaftliche Leben ein als die Kriege früherer Zeiten, die von den Berufssoldaten allein ausgefochten wurden. Von dem Augenblick an, in dem der Ruf zu den Waffen ergeht, ist die wirtschaftliche Erzeugung allenthalben erschwert. Besonders in der Landwirtschaft, wo bei unverkümmerter Volksgesundheit die Zahl der gedienten Männer, die sofort bei der Mobilmachung zur Einstellung kommen, verhältnismäßig groß ist. In jedem Kriege der Vergangenheit ist die E r z e u g u n g in der Landwirtschaft so gut wie in der In-

dustrie zurückgegangen. Der Verbrauch zumal an Nahrungsmitteln ist aber durch den größeren Bedarf des Heeres größer geworden. Waren die Grenzen nach einer oder mehreren Seiten offen, so wurden ausländische Erzeugnisse zum Ausgleich des Bedarfs in großer Menge eingeführt. Das eingeführte Erzeugnis hatte aber einen höheren Preis als das heimische. Höhere Transportkosten wirkten verteuernd. Vor allem aber trieb das Ausland stets die Preise in die Höhe, sobald es erkannte, daß das in den Krieg verwickelte Land die Erzeugnisse notwendig brauchte. Neutrale Länder sind noch in jedem Krieg durch Kriegslieferungen reich geworden auf Kosten der Kriegführenden.

Der gegenwärtige Krieg, der ohne Beispiel in der Weltgeschichte ist, hat für Deutschland alle wirtschaftlichen Kriegsschwierigkeiten ins Gewaltige gesteigert. Es darf nicht wundernehmen, daß uns auch die Teuerungssorgen hart und schwer treffen. Freilich, die preistreibende Wirkung teurer Auslandeinfuhr haben unsere Feinde in weiterem Maße erfahren als wir.

Die deutschen Grenzen waren mit Kriegsbeginn größtenteils zu Lande durch die kriegerischen Ereignisse, zur See durch die englische Blockade geschlossen. Das an Deutschland grenzende oder noch mit ihm in Verkehr lebende neutrale Ausland wird in seinen eigenen Zufuhren von England mit steigender Schärfe überwacht; es kann nur ausnahmsweise für uns Vermittler überseeischer Einfuhr sein. Die geringen Mengen von Nahrungsmitteln und Rohprodukten, die während des Krieges noch nach Deutschland hineinkommen, stehen hoch im Preise, höher als die einheimischen Erzeugnisse. Wir erfahren das bei der Butter, bei Gemüsen, bei Käse, auch bei Getreide und Kartoffeln.

Als zu Anfang des Krieges die Absperrung unserer Einfuhren feststand, war auch der Anreiz zur Steigerung der

heimischen Marktpreise gegeben. Es war ungefähr zu berechnen, welche Mengen an inländischen Nahrungsmitteln in Deutschland verfügbar sind. Demgegenüber stand fest, daß der Bedarf an Nahrungsmitteln und Futtermitteln während des Krieges in Deutschland nicht sinken, sondern steigen müsse. Starke Nachfrage bei begrenztem Angebot. Das war die Lage. Sie barg von vornherein die Gefahr in sich, daß bei ganz freiem Spiel der Kräfte die Preise höher und höher stiegen. Bereits kurz vor Kriegsausbruch, in den kritischen Tagen des Juli, gingen an der Berliner Börse die Notierungen für die hauptsächlichsten Getreidearten hoch. Es kündigte sich die Rechnung mit den begrenzten Vorräten bei unvermindertem Bedarf an. Am 4. August 1914 gab das Gesetz über Festsetzung von Höchstpreisen die Mittel in die Hand, der Preisbewegung rechtzeitig entgegenzutreten.

Nun wirkten unmittelbar nach dem Beginn des Krieges zwei Tatsachen auf die Preisbildung. Zahlreiche Haushaltungen wurden von einer Beängstigung ergriffen, es könne ihnen im Verlauf des Krieges an wichtigen Nahrungsmitteln fehlen, oder es könnten die Lebensmittel alsbald unerschwinglich teuer werden. Es setzten in großem Umfange die besorgten Ankäufe großer Vorräte ein. Den Händlern in den Städten schwand das Lager an Lebensmitteln unter den Händen. Sie sahen, daß sie höhere Preise erhielten, und nahmen sie. Daneben war die Heeresverwaltung gezwungen, schleunigst mit den gewaltigen Aufkäufen für den Heeresbedarf vorzugehen. Sie hatte in der Hast der Mobilmachung nicht Zeit, sich umzusehen, wo sie am billigsten kaufen konnte. Sie mußte nehmen, was ihr am schnellsten geliefert werden konnte, und mußte die Preise zahlen, die gefordert wurden. Eine allgemeine preissteigernde Wirkung war unausbleiblich.

Immerhin hielten sich die Preissteigerungen für die wichtigen Nahrungsmittel im ersten Erntejahr in verhältnis-

mäßig engen Grenzen. Das Getreide wurde sehr bald vom Höchstpreisgesetz erfaßt, bis dann die Beschlagnahme das Brotgetreide der Preisbewegung vollständig entzog. Kartoffeln wurden im Winter 1914 an Höchstpreise gebunden; im Frühjahr 1915 trat das Reich für die Kartoffelbeschaffung ein, als diese trotz Erhöhung der Preise stockte, und trug die Aufbewahrungskosten für die beim Landwirt verwahrten Bestände. Fleisch stieg allmählich im Preise. Die umfangreichen Schlachtungen stellten vorübergehend größere Mengen Schweinefleisch preiswert zur Verfügung. Milch und Butter wurden langsam und maßvoll teurer. Die stärkste und am meisten beschleunigte Verteuerung erfuhren die so knappen, durch die Beschlagnahme und die ausgiebige Ausmahlung des Getreides, durch die Inanspruchnahme des Hafers für das Heer noch knapper gewordenen Kraftfuttermittel. Wie in der ganzen Volksernährungsfrage sollte auch bei der Teuerungsfrage dem durch den Krieg verursachten Mangel an Futtermitteln eine entscheidende Bedeutung zukommen.

Gründe verschiedener Art wirkten zusammen, um die Teuerung einer Reihe von wichtigen Lebensmitteln heraufzuführen. Einige gewohnte Nahrungsmittel, Reis, Hülsenfrüchte und andere sogenannte Kolonialwaren, waren von Anfang des Krieges an nur in einem beschränkten Vorrat vorhanden und erfuhren während des Kriegsverlaufs keine Ergänzung. Der Vorrat schmolz zusammen. Der Bedarf meldete sich stürmischer. Das Lebensmittel stieg im Wert. Sowohl im Wert für den Verbraucher wie auch im Handelswert dadurch, daß die Ware, nicht selten durch spekulative Absicht, durch viele Hände ging, ehe sie den Weg zum Verbraucher fand. In dem Augenblick, in dem die Regierung mit Preisfestsetzung oder mit Beschlagnahme (Reis) eingriff, hatte das Nahrungsmittel schon einen sehr hohen Preis erreicht. Nicht selten vollziehen sich solche allmählichen Preis-

steigerungen im Handel fast unbemerkt und darum unkontrollierbar. Das Erzeugnis verschwindet mehr und mehr vom Tagesmarkt. Aber es geht inzwischen unter entsprechenden Preiszuschlägen von Hand zu Hand. Wird es dann durch mittelbaren oder unmittelbaren Zwang dem Verbrauch zugeführt, so hat es schon einen hohen Preis, der sich nicht mehr herabdrücken läßt, weil die Preisbewegung nicht mehr rückgängig zu machen ist. Diese Entwicklung hat in sehr vielen Fällen tatsächlich stattgefunden.

Bedeutsamer als diese mehr gelegentlichen und auf einzelne Erzeugnisse beschränkten Teuerungsursachen sind diejenigen Ursachen, die sich aus den kriegswirtschaftlichen Schwierigkeiten selbst ergeben und denen gar nicht oder nur sehr unvollkommen begegnet werden kann. Sie lassen sich nicht aus der Welt schaffen und treffen leider solche Lebensmittel, die ganz unentbehrlich sind. Es sind dies die gesteigerten Geschäfts- und Betriebsunkosten, die das Nahrungsmittel schon belasten, es wertvoller und deshalb teurer machen, ehe es der Verbraucher kauft.

Der Kleinhändler mit Lebensmitteln muß sein Geschäft im allgemeinen erhalten, wie es im Frieden war. Er zahlt die gleiche Ladenmiete oder die gleichen Hypothekenzinsen, wenn er Hausbesitzer ist; er hat für Beleuchtung und Heizung die gleichen Aufwendungen, meist auch für die Entlohnung seiner Angestellten; sein und seiner Familie Unterhalt ist nicht billiger geworden. Dagegen aber kann er nicht mehr die zahlreichen, meist vom Auslande eingeführten Genußmittel zum Verkauf halten, an denen er früher verhältnismäßig viel verdiente. Er ist auf den Verkauf der notwendigen einheimischen Erzeugnisse angewiesen. Auch von ihnen steht ihm nur ein beschränktes Lager zur Verfügung. Will er bestehen und leben, so muß er am eingeschränkten Vertrieb der unentbehrlichen Lebensmittel wenigstens einen größeren Teil

dessen verdienen, was ihm in Friedenszeiten sein umfangreicher und reichhaltiger Handel einbrachte. An Höchstpreise gebunden, hat der kleine Händler kein leichtes Leben im Kriege.

Der Großhändler hat es im ganzen weniger schwer. Wohl hat auch er geringeren Umsatz. Verpackung und Fuhren sind teurer. Sein Verdienst ist ihm nicht selten durch die staatliche Preisfestsetzung zugemessen. Aber er hat mehr als der Kleinhändler die Möglichkeit, den Geschäftsbetrieb den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Die entscheidende und größte Wertveränderung aber erhielt das Lebensmittel durch die gesteigerten Kosten der landwirtschaftlichen Erzeugung. Sie mögen in einzelnen Gegenden unseres Vaterlandes verschieden sein. Ja, es mag auch einige Landwirte geben, die eine erhebliche Steigerung der Erzeugungskosten nicht erfahren. Aber die große Summe der kleinen und der großen Landwirte, von deren Leistung unsere Volksernährung abhängt, sieht sich vor einer ganz wesentlichen Erhöhung der Unkosten ihrer Betriebsführung.

Zahlenmäßig für jedes einzelne landwirtschaftliche Erzeugnis läßt sich die Erhöhung der Gestehungskosten im ganzen Deutschen Reich nicht berechnen. Die Verhältnisse sind örtlich zu verschieden. Sie können nur örtlich errechnet werden. Das ist eine wichtige Aufgabe der Preisprüfungsstellen.

Aber allgemein sind doch diejenigen Ursachen für die Steigerung der Erzeugungskosten zu erkennen, die in allen landwirtschaftlichen Betrieben, hier in höherem, dort in geringerem Maße, vorhanden sind.

Was vom kleinen Handel gesagt wurde, gilt ähnlich für den kleinsten wie für den größten Landwirt: die Lasten, die im Frieden auf dem Betriebe lagen, sind im wesentlichen die gleichen im Kriege geblieben bei erheblich vermindertem Umsatz. Die gleichen Pachten und Zinsen, die gleichen Ausgaben für Haus, Gesinde und Familie. Dabei ist aber zu be-

denken, welche Rolle bei zahlreichen Gutswirtschaften, großen wie kleinen, die Zinsenlast der Hypotheken spielt. Nicht wenige Landwirte standen vor dem Kriege in hartem Kampf um ihre Existenz wegen der auf ihnen liegenden Zinsverpflichtungen.

Vielfach nicht unerheblich gestiegen sind die Aufwendungen für die ländlichen Arbeitskräfte, wenngleich in dieser Beziehung örtlich verschiedene Verhältnisse bestehen. Es hat festgestellt werden können, daß in einigen Gegenden der Arbeitslohn in Geld erhöht worden ist. Die auf dem Lande üblichen Lieferungen von Lebensmitteln haben mit den gestiegenen Lebensmittelpreisen naturgemäß einen höheren Geldwert erlangt, den der Landwirt auf Verkauf und Umsatz anrechnen muß. Zudem werden fast in allen größeren ländlichen Wirtschaften den Frauen und Familien der im Felde stehenden Männer im alten Umfange Lebensmittel weiter geliefert. Die Arbeit der auf dem Lande beschäftigten Kriegsgefangenen wird von landwirtschaftlichen Sachverständigen nicht billiger eingeschätzt als die Arbeit deutscher Arbeiter, weil der deutsche Landarbeiter fleißiger und leistungsfähiger ist. Die Verpflegung der zur Landarbeit herangezogenen Kriegsgefangenen, die in Deutschland besonders gewissenhaft und einwandfrei erfolgt, ist in dieser Kriegszeit selbstverständlich kostspielig.

Entscheidend aber für die landwirtschaftlichen Erzeugungskosten sind Knappheit und Teuerung der Futtermittel. Die eigentlichen Kraftfuttermittel sind um das Zwei- bis Dreifache gestiegen und zudem nur in geringer Menge erhältlich. So verteuert die Unterhaltung des zur Landarbeit notwendigen Spannviehs alle Feld- und Ernte-Arbeit nicht unbeträchtlich. Die Aufzucht von Rindvieh, Schweinen und auch Geflügel erfordert ein Mehrfaches der im Frieden aufgewandten Unkosten. Und trotzdem bleibt der Erfolg der Fütterung weit hinter den früheren Ergebnissen zurück.

Das Schlachtvieh hat weniger Fleisch. Die Kuh gibt weniger Milch. Das Schwein setzt nur langsam und sparsam Fett an. Das Geflügel bleibt verhältnismäßig mager. Die Legehenne legt nicht Eier wie zur Friedenszeit. Bei großen Unkosten ist die Summe der Erzeugnisse kleiner. Das gilt auch vom Getreidebau. Der früher vom Ausland eingeführte Dünger ist im Kriege ausgeblieben. Die Fabrikation künstlichen Düngers, vor allem Stickstoffdungs, hat deutscher Erfindungsgeist im Kriege in neue Bahnen geleitet. Aber nur langsam kann die fehlende Einfuhr ersetzt werden. Im gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sehen wir bei geringerem Umsatz gleiche und höhere Aufwendungen als zur Friedenszeit. Das einzelne Erzeugnis muß deshalb teurer werden. Würde es zwangsweise auf dem Friedenspreise gehalten, so könnte die Landwirtschaft alsbald in vollem Umfange zu einem grundsätzlich mit Verlust arbeitenden Gewerbe werden. Der größte Teil der Landwirte wäre außerstande, durchzuhalten. Betrieb um Betrieb käme zum Stillstand. Es würde sich das Schlimmste ereignen, was Deutschland im Wirtschaftskriege geschehen kann: die deutsche Landwirschaft würde aufhören, dem deutschen Volk die notwendigen Lebensmittel zu liefern.

Die Lebensmittelpreise müssen den Erzeugungskosten folgen. Tun sie es nicht, so versiegt die Erzeugung. Die Teuerung der Lebensmittel ist gewiß eine schwer tragbare Last. Aber die billigsten Preise nützen nichts, wenn die Lebensmittel nicht vorhanden sind. Das wäre in der Tat unerträglich.

Die Teuerung, die durch die Steigerung der Erzeugungskosten notwendig geworden ist, muß hingenommen werden. Sie ist ein Notstand, aber sie ist kein Unrecht. Unrecht ist die Teuerung, die von Gewinnsucht hervorgerufen wird: Aufkäufe großer Vorräte zu niedrigem Preise und ihr Verkauf

bei großem Gewinn, wenn die Preise gestiegen sind; Verkauf geringwertiger Lebensmittel zum Höchstpreise, der nur für die beste Qualität festgesetzt ist und gelten darf; Verkauf zum Höchstpreis, wenn der Einkaufspreis unter besonderen günstigen Umständen niedrig war. Solche Gewinne am notwendigen Lebensbedarf sind schon im Frieden zu verurteilen, sie sind im Kriege gewissenlos und verächtlich. Es sind hohe Strafen für Lebensmittelwucher festgesetzt. Aufgabe der Bevölkerung ist es, die als wahrhaft schuldig Erkannten ihrer gerechten Bestrafung zu überliefern.

Aber die allgemeine Teuerung ist nicht Wucher, sondern Kriegsnot, die würdig und fest getragen werden muß, wie das deutsche Volk diese schwere Zeit trägt und bis zum Ende tragen wird. Teuerung wird sein, solange es Krieg ist. Es sind für die meisten Nahrungsmittel Preisgrenzen durch Höchstpreise gesetzt. Verteilung und Einteilung kommen helfend hinzu. Staat und Reich unterstützen die Armen mit Geldmitteln, tragen auch in Einzelfällen einen Teil der hohen Kosten. Sparsamkeit und Haushalt im Verbrauch werden auch gegenüber der Teuerung nicht ganz versagen.

Es suche der Deutsche für die hohen Lebensmittelpreise nicht die Schuld beim Deutschen. Sie liegt beim Feinde, der uns auch zum wirtschaftlichen Existenzkampf gezwungen hat.

IV. Regierungsmaßnahmen nach der zweiten Kriegsernte.

Die vergangene Entwicklung der Volksernährung im Kriege hat deutlich gezeigt, in wie wenigen Fällen die Ereignisse sich im voraus berechnen lassen, daß fortwährende Veränderung der Verhältnisse und immer neue Überraschungen die Regel sind. Wir haben das schon im ersten Kriegsjahre erfahren. Wir haben es nicht minder im zweiten

Erntejahr erleben müssen. Jede neue Lage hat neue Maßnahmen erfordert, und jede künftige Veränderung wird Verordnungen hervorrufen. Aber niemand darf glauben, daß es in der Macht staatlicher Verordnungen liegen kann, die Ernährungsschwierigkeiten so zu lösen, daß das Leben im Kriege dem der Friedenszeit ähnlich oder nur vergleichbar werden könnte. Die Regierungsmaßnahmen sind bestimmt, die vorhandenen Schwierigkeiten zu erleichtern, und haben das bewirkt. Ihre Wirkungsmöglichkeit aber bleibt immer bestimmt vom Vorrat der einzelnen Nahrungsmittel, der Größe der Erzeugung und des Bedarfs.

a) Brot.

Das Brot hat heutzutage nicht mehr die überragende Bedeutung unter den Nahrungsmitteln wie in alten Zeiten. Die Haushaltsführung ist mit der zunehmenden Wohlhabenheit, mit der Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Betriebsführung und mit dem eigenen Güteraustausch reichhaltiger geworden. Fleisch und Kartoffeln, Gemüse, Hülsenfrüchte und Reis haben breiteren Raum in unserer Ernährung gewonnen neben dem Brot. Trotzdem hat das Brot seinen hohen Wert behalten. In Friedenszeiten nahm das Brot, das bei größtem Nährwert auch sättigt, einen breiten Raum im armen Haushalt ein, weil es das billigste Nahrungsmittel neben der Kartoffel war und keinerlei zeitraubender Zubereitung bedarf. In der Kriegszeit, die uns in gewissem Sinne mit unserer Nahrungsversorgung aus heimatlicher Erzeugung den Zuständen der Vergangenheit näher bringt, bedeutet das Brot wieder mehr für den Haushalt. Ganz besonders für den Haushalt der ärmeren Volksklassen. Fleisch ist knapp und verhältnismäßig teuer, Käse ist knapper geworden, Reis und Hülsenfrüchte beginnen zu fehlen, die ausländischen Zufuhren an Eiern und Gemüse bleiben aus.

Deshalb war es nur berechtigt, daß sich der geregelten Versorgung mit Brot und Mehl die erste und vornehmste Sorge zuwandte.

Zu Kriegsbeginn wußten wir, daß uns die große Einfuhr an Weizen für die Kriegsdauer fehlen würde. Auch ohne Verordnung war damit die Notwendigkeit gegeben, auf das gewohnte feine weiße Backmehl zu verzichten und im großen und ganzen mit Schwarzbrot vorliebzunehmen, für das der deutsche Roggen verfügbar war. Freilich, in den ersten Kriegsmonaten mochte man sich vor allem in den Städten nicht von den Gewohnheiten trennen. Weißbrot und Kuchen wurden wie im Frieden gebacken und gegessen. Da griff die Regierung ein. Für das Weißbrot wurde ein Zusatz von Roggenmehl vorgeschrieben, für das Roggenbrot ein Zusatz von Kartoffeln. Wir bekamen das Kriegsbrot und das Kriegsgebäck, das wir nun so gewohnt geworden sind wie die Brotkarte.

Die Brotkarte kennzeichnet den ersten vollen und den bisher entscheidendsten Sieg Deutschlands im Wirtschaftskrieg. Seit ihrer Einführung ist die Versorgung des ganzen Volkes mit Brot und Mehl für alle Kriegsdauer sichergestellt. Und es ist in Deutschland das Brot der Teuerung entzogen, während die uns feindlichen Völker durch den Wechsel der Getreidepreise immer wieder gerade ihr tägliches Brot von der Kriegsteuerung betroffen sehen. Der 25. Januar 1915, an dem die Verordnung über staatliche Beschlagnahme und Verteilung aller deutschen Getreidevorräte erging, war recht eigentlich der große Tag Deutschlands im Wirtschaftskriege.

Nach sorgsamer Berechnung der vorhandenen Vorräte wurde auf den Kopf der Bevölkerung eine Tagesration von 200 Gramm Mehl zugeteilt. Wir gingen in das neue Erntejahr mit einem Überschuß von 700 000 t alten Getreides.

Dieser Überschuß und die Schätzung der neuen Ernte schienen doch zu gestatten, daß man etwas freigebiger mit der Bemessung der Rationen sein und auch für die Viehfütterung vom Getreidevorrat einen gewissen Anteil dadurch freigeben konnte, daß durch feinere Ausmahlung mehr Kleie und vom Hinterkorn ein kleiner Prozentsatz für das Vieh verblieb.

Die Erhöhung der Mehlration auf 225 g und die weiteren Erleichterungen, die die Reichsgetreidestelle für das neue Jahr hiernach gewähren zu müssen glaubte, verführten aber Erzeuger und Verbraucher zu der Auffassung, daß nun nicht mehr die alte Sparsamkeit zu walten brauche. In weitem Umfange wurden Zusatzbrotkarten beansprucht und hier und da auch gewährt, mancher Sack Korn wanderte als Hinterkorn oder auch ohne diesen Vorwand in die Futterkrippe. Man gab sich der Meinung hin, das Brotkorn reicht ja doch!

Da wurde im November vom Bundesrat eine Aufnahme der noch vorhandenen Vorräte angeordnet. Das Ergebnis war, daß der Vorrat sich um ein Viertel geringer als der Bedarf bis Mitte August 1916 herausstellte. Die Ernte war bei vielfach ungünstigem Wetter doch geringer gewesen als anfangs berechnet. Man hatte es mit dem Verbrauch nicht mehr recht genau genommen und leider noch weniger mit dem bestehenden Verbot der Verfütterung von Brotgetreide. War auch die Annahme berechtigt, daß das Ergebnis der schleunigen Schätzung des noch ungedroschenen Getreides zu ungünstig war, daß die Nachprüfung größere Vorräte ergeben würde, so mußten doch sofort Maßnahmen ergriffen werden, die jeder etwa möglichen Gefährdung unserer Brotversorgung vorbeugten. Es wurde die Tagesration wieder von 225 auf 200 g herabgesetzt, die alte gröbere Ausmahlung des Korns wurde wieder eingeführt und die Verfütterung des Hinterkorns aufs neue verboten. Zusatz-

brotkarten erhalten künftig nur noch diejenigen, die wirklich schwere körperliche Arbeit zu leisten haben.

Mit aller Eindringlichkeit haben wir somit auf diesem so vollständig gesicherten Gebiet unserer Ernährung erkennen müssen, wie jeder einzelne im Wirtschaftskrieg täglich und stündlich auf dem Posten sein muß. Es ist nirgends ein Nachlassen des Willens und der Pflicht erlaubt. So wenig, wie der Soldat im Felde meinen kann, es hänge Erfolg und Sieg von ihm allein ja nicht ab, so wenig darf ein Deutscher in der Heimat denken, es mache nichts aus, wenn er allein ein wichtiges Nahrungsmittel unrecht und gegen das Gesetz verbraucht.

Die Brotration ist schmal. Gewiß. Besonders für die Minderbemittelten ist es oft schwer, auszukommen. Es kann nichts helfen. Es ist Krieg. Die Wohlhabenden, die neben dem Brot andere kostspielige Nahrungsmittel beschaffen können, haben die Pflicht, an der Tagesration zu sparen, damit an ihrer Ersparnis der Getreidevorrat des ganzen Volkes größer wird. Jede Ersparnis an Lebensmitteln hilft den Sieg sichern, der uns ermöglicht, in kommenden Friedensjahren zu leben wie einst im Frieden.

Für den Landwirt ist es schwer, das Getreide in Händen zu haben und es dem Vieh zu versagen, das er nicht voll hat sättigen können. Auch das kann nichts helfen. Es ist und bleibt ein erstes Kriegsgebot, daß das Getreide der Brotversorgung des Volkes gehört.

Die erneuten strengen Vorschriften geben uns neben der bekräftigten Sicherheit dauernder Versorgung mit Brot die Hoffnung, daß uns auch am Ende des zweiten Erntejahres wieder ein Überschuß bleibt, der hinüberleitet über die dritte Kriegsernte.

b) Kartoffeln.

Mehr noch fast als das Brot hat zur Kriegszeit die Kartoffel an Wert für den Haushalt gewonnen. Sie muß und sie kann überall an die Stelle fehlender Nahrungsmittel treten, an die Stelle derer, die knapp und teurer geworden sind, an die Stelle derer, die zur Friedenszeit vom Ausland und über See eingeführt wurden und die nun mit langer Kriegsdauer mehr und mehr verschwinden. Für den Haushalt der Bemittelten freilich sind auch im Kriege die Kartoffeln vorwiegend Nebenkost geblieben, wenn auch die Zahl derer, die zur täglichen Sättigung mit den Kartoffeln gar nicht zu rechnen brauchen, recht klein geworden ist. Im Haushalt des Minderbemittelten, im Arbeiterhaushalt aber ist die Kartoffel vollkommen zum Hauptbestandteil der täglichen Ernährung geworden. Es ist wohl richtig, daß dem Armen Knappheit an allem anderen erträglich ist, nur nicht an Kartoffeln. Es ist nur berechtigt, wenn die so feste Opferfreudigkeit der breiten Massen wankt und zeitweiliger Erregung Platz macht, sobald Kartoffeln am Markte knapp werden und schwer oder gar nicht an einem Tage in ausreichender Menge zu haben sind. Deshalb war mit gutem Grunde für einige Zeit die ganze Ernährungsfrage eine Kartoffelfrage geworden.

Nun kann in Deutschland ja niemals der Kartoffelvorrat auf die Neige gehen. Eine Kartoffelnot im Sinne allgemeinen Kartoffelmangels werden wir nicht erleben. Was die Masse der Erzeugung angeht, ist die Kartoffelerzeugung unser größter Erntereichtum. 50 000 000 t war der mindeste Durchschnitt, den wir in den letzten Jahren gewonnen haben. Der Ernteertrag von 1915 ward mit 54 000 000 t geschätzt. Allerdings wohl etwas zu hoch. Kaum mehr als der fünfte Teil unserer Gesamternte ist zur ausreichenden menschlichen

Ernährung erforderlich. Im Frühjahr 1915 entstand nach einer ungünstigen Bestandsaufnahme plötzlich allgemein die Sorge vor einem Kartoffelmangel. Man entschloß sich damals zu einer planmäßigen Abschlachtung der Schweine, um die Kartoffeln vor der Verfütterung an sie zu bewahren. Als dann die Mieten geöffnet wurden und die Saat beendet war, zeigte sich, daß wir reichen Vorrat übrig hatten. Die gewaltige Kartoffelernte hatte sich trotz aller Verfütterung als ausreichend erwiesen.

Allerdings hat nun die Kartoffel nicht nur eine erhöhte Bedeutung für den einzelnen Kriegshaushalt gewonnen, sondern es ist ihr in der ganzen nationalen Kriegswirtschaft überhaupt ein breiterer Platz angewiesen worden. Große Mengen von Kartoffeln sind für die Bereitung des Kriegsbrotes erforderlich und müssen den Kartoffeltrocknungsanstalten zugeführt werden. Bei dem großen Mangel an allen anderen Futtermitteln sind die Kartoffeln im Kriege ein ungleich wichtigeres, notwendigeres Futtermittel geworden, als sie je im Frieden gewesen waren. Nicht nur für die Schweineaufzucht sind Kartoffeln unentbehrlich, sondern auch Rinder und Pferde können ohne Beigabe von Kartoffeln gar nicht durchgehalten werden. Die Erhaltung des Schlacht-, des Milch- und des Arbeitsviehs ist aber, wie nun die Kriegserfahrungen deutlich genug gezeigt haben, eine Notwendigkeit unserer Nahrungswirtschaft. So wahr und so richtig es ist, daß die menschliche Ernährung der Tierhaltung voranstehen muß, daß Nahrungsmittel, die für die Menschennahrung unentbehrlich sind, nicht als Viehfutter verwendet werden dürfen, so unrichtig ist es, im Vieh ohne weiteres den unberechtigten Nahrungsmittelkonkurrenten des Menschen zu sehen. Wir können auch Milch, Butter, Fett, Fleisch, Käse neben Kartoffeln, Brot und Gemüse nicht vollständig entbehren und können nur damit versorgt werden,

wenn uns das Vieh erhalten bleibt. Es ist die wirtschaftliche Aufgabe im Kriege, die Hauptnahrungsmittel zwischen Mensch und Tier so einzuteilen, daß der Mensch sein ausreichend Teil sicher erhält, und daneben so viel als möglich Vieh gefüttert werden kann. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist freilich unendlich schwer. Wir sehen es beim Brotgetreide trotz der straff geregelten Beschlagnahme und Verteilung. Wir haben es bei den Kartoffeln erfahren.

Man erwartete nach der neuen Ernte, daß sich die Kartoffelversorgung von selbst ohne weiteres regeln würde. Man erlebte aber, daß es alsbald in den großen Verbrauchsgebieten an regelmäßiger Kartoffellieferung zu fehlen begann. Allgemein wurde zunächst der Grund allein in spekulativem Zurückhalten von Kartoffeln bei Händlern und Landwirten gesehen, die auf ein Steigen der Preise hofften. Höchstpreise wurden festgesetzt; die Enteignungsmöglichkeiten zunächst nur gegen die größeren Landwirte, später auch gegenüber dem kleinen Kartoffelerzeuger gegeben. Die Händler bereisten im Auftrag der großen Städte den Osten und kauften auf. Die Behörden griffen helfend ein, vermittelten zwischen Händler und Landwirt und wiesen die Vorräte der Landwirte den Händlern zu. Die Frachtsätze für Kartoffeln wurden auf weite Strecken ermäßigt, um den Transport vom Osten zum Westen zu erleichtern. Trotzdem fehlte es in den Städten wieder und wieder an Kartoffeln.

Die öffentliche Meinung wußte es meist nicht besser und nicht anders, als daß die Schuld allein bei den Landwirten liege, die ihre Kartoffeln in der Hoffnung auf späteren höheren Gewinn zurückhielten. Gewiß ist von einzelnen Landwirten gefehlt worden. Zumal anfangs im Westen, wo die kleinen Bauern von jeher die hochwertigsten Kartoffeln anbauen, die im Frieden stets einen Verkaufspreis hatten, der höher war als der geltende Höchstpreis. Aber die bitteren und er-

bitterten Anklagen, die gegen den ganzen landwirtschaftlichen Beruf, auf dessen Leistungskraft unsere Kriegsernährung ruht, erhoben wurden, waren nicht berechtigt. Die eigentlichen Gründe für die Lieferungs- und Versorgungsschwierigkeiten lagen tiefer.

Als von den Landwirten die ersten großen Kartoffellieferungen im Herbst 1915 gefordert wurden, standen sie, besonders im Osten, vielfach noch mitten in den Arbeiten der durch die feuchte schlechte Witterung verspäteten Ernte. Es fehlte an Arbeitskräften, an Fuhrwerk und Spannvieh. Das zeitraubende Verlesen der Kartoffeln bereitete ebenso große Schwierigkeiten wie das Verladen und der Transport zur Bahn. Besonders im Anfang war der durch die militärische Inanspruchnahme der Bahnen verursachte Mangel an Waggons empfindlich. Schon früh im Herbst setzten dann scharfe Frosttage ein. Es konnte nicht mehr verladen und transportiert werden. Manche Wagenladung, die unterwegs war, verdarb im Frost.

Trotz alledem gingen gewaltige Massen von Kartoffeln vom deutschen Osten zu den Verbrauchsgebieten des Westens. Im Jahre 1915 mehr als im Jahre 1914, in dem man irgendwelche Kartoffelknappheit während des Winters nicht empfunden hatte. Im Winter 1915 wollten die zugeführten Mengen aber durchaus nicht ausreichen. Die allgemeine Meinung fand keine Erklärung. Sie kannte die transportierten Massen nicht und konnte nur annehmen, es werden von den Landwirten nicht genügend Kartoffeln geliefert.

Nun waren aber die Städte, die großen Verbrauchsgebiete des Westens in einer wichtigen Frage in der ähnlichen Lage wie die Landwirtschaft im Osten. Auch im Westen sind stattliche Bestände von Schlachtvieh, von Milch- und Zugvieh vorhanden. Auch hier fehlt es an Futtermitteln, und es

müssen Kartoffeln verfüttert werden. Dazu kam, daß bei dem Mangel anderer wohlfeiler Lebensmittel die Nachfrage nach Kartoffeln immer wuchs. So fehlte es denn trotz großer Zufuhren doch immer wieder an Speisekartoffeln. Abhilfe konnte nur geschaffen werden durch weitere, wesentlich größere Lieferungen. Die Landwirte des Ostens mußten veranlaßt werden, entsprechend größere Massen zum Verkauf zu stellen.

Für die landwirtschaftliche Betriebsführung ist, wie gesagt, bei dem allgemeinen empfindlichen Mangel an Futtermitteln, die Kartoffel eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Futtermittel geworden. Der niedrige Kartoffelhöchstpreis, der im Oktober 1915 festgesetzt worden war, machte aber die Kartoffel auch weitaus zum billigsten Futtermittel bei den hohen Preisen aller anderen Futtermittel. Jeder Bauer konnte sich leicht ausrechnen, daß die Kartoffeln, die er zu einem Höchstpreis von 2,75 M. verkaufte, für ihn als Futtermittel mehr als 4 M. wert waren. Was Wunder, wenn er lieber seine Kartoffeln an sein Vieh verfütterte, anstatt sie zum Höchstpreis zu verkaufen und für den Erlös teurere Ersatzfuttermittel wiederzuerwerben! Da er zudem aus den Erfahrungen des Vorjahres wohl wußte, daß bei unserer großen Kartoffelerzeugung ein Kartoffelmangel für die menschliche Ernährung nicht zu besorgen war, glaubte er nicht, daß die Menschen entbehren müßten, was er seinem Vieh gab. Sollten die Landwirte veranlaßt werden, auf Kosten ihrer Viehhaltung ihre Kartoffeln sowohl für die menschliche Ernährung wie auch für die Erhaltung des Viehs in den Verbrauchsgebieten des Westens zum Verkauf zu stellen, so mußte die Kartoffel höheren Geldwert bekommen. Der Landwirt mußte für seine Kartoffeln einen Preis erhalten, der ihm den Ankauf anderer Futtermittel ohne zu großen Verlust ermöglichte. Aus diesem Grunde

entschloß sich die Regierung zu einer Erhöhung des Kartoffel höchstpreises. Jedoch wurde Sorge getroffen, daß bis zum 15. März der Verbraucher höhere als die bisherigen Preise nicht zu zahlen hatte. Mit Reichs- und Staatsmitteln ist der Preisausgleich gesichert worden.

Wie im Frühjahr 1915, so ist auch im Jahr darauf wieder und wieder die Forderung erhoben worden, man möge bei den Kartoffeln den Weg der Beschlagnahme und Verteilung gehen, der beim Brotgetreide zu so dauerndem Erfolge geführt hat. Dabei wird übersehen, daß eine Beschlagnahme, welche dem Eigentümer die Verfütterung und Verwendung zu technischen Zwecken gestattet — denn wir brauchen den Kartoffelspiritus sowohl wie die Stärke zur Erhaltung unseres Wirtschaftslebens, besonders für technische Zwecke —, auf dem Papier gestanden hätte. Ein Teil der Ernte mußte auch von den Brennereiwirtschaften zur Verfügung der Behörden gehalten werden. Kann im Frühjahr der volle Bedarf für die menschliche Ernährung nicht ohne Einschränkung der Verfütterung beschafft werden, so muß das Vieh hinter dem Menschen zurücktreten.

Um die menschliche Ernährung sicherzustellen, sind neue Maßnahmen von der Regierung getroffen:

Den Gemeinden ist die Pflicht auferlegt worden, den für die Ernährung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte notwendigen Bedarf zu beschaffen. Sie haben durch Bestandsaufnahme feststellen müssen, welche Vorräte in der Gemeinde bei Händlern und Verbrauchern lagern. Danach ist der fehlende Bedarf zu berechnen und bei der Reichskartoffelstelle anzumelden. Besondere in den Provinzen errichtete Kartoffelstellen gleichen unter Aufsicht der Reichskartoffelstelle innerhalb der Provinz Bedarf und Vorrat aus und melden vorhandene Überschüsse der Reichskartoffelstelle, die bestimmt, wohin der Überschuß zu liefern ist. Es ist zu hoffen, daß diese

Regelung die Bevölkerung von der so lange drückend empfundenen Kartoffelsorge schließlich dauernd befreien wird. Eine Ergänzung haben alle diese Maßnahmen endlich gefunden durch die Bestimmung, daß jeder Landwirt seinen Kartoffelvorrat, soweit er größer ist als sein eigener Bedarf für Ernährung, Viehhaltung und Aussaat, auf Anordnung abzuliefern hat. Bei ausbleibender Lieferung erfolgt die Enteignung.

Fraglos waren die Störungen, die Hemmungen der Kartoffelzufuhr die allerschwerste Probe, die die ärmere Bevölkerung bisher zu bestehen hatte. Hier klopfte wohl tatsächlich zuweilen die Not an die Tür. Der feste Wille hat sich doch nicht beugen lassen, und die schweren Tage sind ertragen worden.

Unrecht und unklug aber wäre es, nun zu murren, weil die Kartoffeln den alten billigen Preis nicht haben behalten können. Da die Kartoffeln billig waren, billiger als in manchem Friedensjahr, fehlten sie nicht selten am Markt. Die höheren Preise sind keine Teuerungspreise und niedriger als in jedem anderen Lande der Welt. Und es ist gewiß besser, um höheren Preis mit Gewißheit Kartoffeln zu erhalten, als bei n edrigem Preise keine Kartoffeln zum Einkauf vorzufinden und den Mangel durch Beschaffung anderer teurer Nahrungsmittel ausgleichen zu müssen.

c) Fleisch.

Im Vergleich zu vergangenen einfachen Lebensverhältnissen hat, wie gesagt, das Brot von seiner ehemaligen überragenden Bedeutung im Haushalt in der jüngsten Friedenszeit verloren, das Fleisch hat entsprechend an Bedeutung gewonnen. Vermehrter Fleischverbrauch ist in der neuen Zeit das Merkmal gehobenen Volkswohlstandes geworden. Das deutsche Volk stand vor dem Kriegsausbruch mit seinem

Fleischverbrauch an der Spitze aller Völker. Deutschland hat auch England übertroffen. Im Durchschnitt aß der Deutsche mehr als doppelt soviel Fleisch wie der Russe, fünfmal soviel wie der Italiener. Und beinahe der ganze deutsche Fleischbedarf wurde durch die deutsche Viehzucht befriedigt. Die steigende Zahl unseres Viehbestandes war ein steter Stolz unserer Landwirtschaft. Größeres noch als in der Vermehrung des Viehs hat vielleicht unsere deutsche Landwirtschaft in der Veredlung, der Verbesserung der Viehzucht geleistet. Solange der Welthandel seine alten Bahnen ging, solange Deutschland dem freien Weltverkehr eingefügt blieb, konnte unsere Viehzucht sich breiter und höher entwickeln. Der Deutsche hatte für seinen großen Bedarf an Fleisch nichts zu sorgen.

Der Wirtschaftskrieg änderte die Verhältnisse vollständig. Nirgends traf er unsere Nahrungsmittelerzeugung und -versorgung unmittelbarer empfindlicher als an der Viehzucht. Denn unsere Viehzucht hatte nur erhalten und entfaltet werden können durch Einfuhr gewaltiger Massen von Futtermitteln, etwa $7^1/_2$ Millionen Tonnen. Dem verhältnismäßig engen Raum deutschen Bodens konnten wohl die für die menschliche Ernährung notwendigen Ackerfrüchte abgewonnen werden, nicht aber außerdem noch die Futtermittel für Zucht und Mast der großen Viehbestände. Hier riß der Wirtschaftskrieg tatsächlich eine tiefe Lücke in unsere Nahrungsmittelversorgung.

Während der ersten Kriegsmonate war diese Lücke noch wenig fühlbar. Es waren noch Bestände von eingeführten Futtermitteln im Lande, und es war noch hochgemästetes Vieh in den Ställen. Weder große Preissteigerungen noch Fleischknappheit beeinträchtigten daher die Fleischversorgung. Allmählich begann aber die Knappheit von Futtermitteln ihre Wirkungen zu äußern; die Regierung sah sich genötigt,

auf eine verstärkte Abschlachtung von Schweinen und deren Verarbeitung zu Räucher- und Pökelwaren hinzuwirken, um die Kartoffelversorgung zu sichern und die wegen des Futtermangels sowieso unvermeidlich gewordene Minderung des Schweinebestandes in geregelte Bahnen zu leiten. Auch wurde schon damals auf die künftig notwendige Einschränkung des Fleischverbrauchs hingewiesen.

Im Laufe des Sommers, wo in größerer Menge Grünfutter und Vorräte aus der alten Kartoffelernte zur Verfügung standen, konnte der Bestand an Schweinen wieder vermehrt werden. Aber nach dem allmählichen Verbrauch aller vorhandenen Auslandsfuttermittel und nach einer nicht reichlichen Ernte wurde der Mange an Futtermitteln immer fühlbarer. Die Folge war nicht vermehrte Abschlachtung und weitere Verminderung der Stückzahl, sondern allmählicher Rückgang des Schlachtgewichts des einzelnen Tieres. Die Schlachtungen ergaben weniger Fett und weniger Fleisch. Also: unabhängig vom zahlenmäßigen Viehbestande eine mehr und mehr fühlbar werdende Fleischknappheit. Es kam hierzu der gewaltige Heeresbedarf an Fleisch, der der Deckung des heimischen Bedarfs voranzustehen hatte.

Etwa zwei Drittel unseres deutschen Fleischverbrauchs werden durch Schweinefleisch, nur etwa ein Drittel durch Rind- und Hammelfleisch gedeckt. Da mußte neben dem verringerten Schlachtgewicht des Schweines auch die bis zum Frühjahr 1915 eingetretene Verminderung der Schweinezahl in der Fleischversorgung zur Geltung kommen. Vom Sommer 1915 an kam nun in der Tat weniger Fleisch zum Markt. Der Bedarf aber meldete sich im alten Umfange an. Die unvermeidliche Folge kargen Angebots und starker Nachfrage war eine Preissteigerung. Sie übertrug sich vom Schweinefleisch auf alles andere Fleisch, da das Fleisch nun überhaupt höheren Wert erhielt.

In gewissen Grenzen ist die Fleischteuerung begründet und berechtigt. Die Kraftfuttermittel sind um das Doppelte, ja das Dreifache im Preise gestiegen, und dies teuer herangefütterte Vieh bekommt nicht das volle Gewicht. Das muß natürlich im Fleischpreise zum Ausdruck kommen. Gleichwohl griff die Regierung zu Anfang November mit der Festsetzung sehr niedriger Höchstpreise für Schweine ein, um den so vielseitig mit hohen Preisen belasteten Haushalt der Verbraucher zu entlasten. Ziemlich gleichzeitig wurden die „fleischlosen Tage" angeordnet, die zwangsweise eine Einschränkung des Fleischverbrauchs herbeiführten.

Die weitere Entwicklung zeigte nun aber, daß die Höchstpreise für Schweine für die Regelung der Fleischversorgung nicht von der entscheidenden Bedeutung waren, die allgemein vermutet worden war. Die Schweine-Höchstpreise waren Marktpreise, nicht Stallpreise, die dem Schweinemäster zu zahlen waren. Die Preise waren zudem sehr niedrig. Nach Überzeugung der Schweinemäster zu niedrig im Vergleich zu den Futtermittelpreisen, jedenfalls aber so niedrig, daß nur bei Verfütterung von Kartoffeln*) die Schweinemast einigermaßen lohnend bleiben konnte. Nun blieben Wurst und vor allem Fleischkonserven hoch im Preise. Die Folge war, daß die Schlächter die Schweine möglichst zu Wurst verarbeiteten, daß die Wurst- und Konservenfabriken zu hohen Preisen Schweine beim Züchter ankaufen ließen. Es entstand auf diese Art wohl ein großes Lager von Fleischkonserven, aber die Schweine kamen nicht zum Markt. Das frische Schweinefleisch blieb aus. Anstatt mit Schweinen wurde der Markt mit dem an keinen Höchstpreis gebundenen Rindvieh versorgt. Das Rindfleisch stieg alsbald stark im Preise. Es wurden in besorgniserregender Anzahl Milchkühe und tragende Kühe zur Abschlachtung

*) S. vorhergehender Abschnitt.

gebracht. Eine ernste Gefahr entstand für die fernere Erhaltung unseres Viehbestandes sowohl wie für unsere Versorgung mit Milch und Butter.

Neue durchgreifende Maßnahmen waren notwendig. Es wurde die Fabrikation von Fleischkonserven einstweilen ganz verboten, die Herstellung von Wurst auf den dritten Teil der Fabrikation eingeschränkt. Die Markthöchstpreise wurden umgewandelt in Höchstpreise für den Kauf beim Schweinemäster.

Die ganze Fleischversorgung aber ist auf eine neue Grundlage gestellt worden. Zunächst im Preußischen Staat. Unter staatlicher Leitung sind in den Provinzen die Viehhändler unter Beteiligung der Landwirte zu Verbänden zusammengeschlossen worden. Die Verbände wachen über die Erzeugung, prüfen den Vorrat und den Bedarf und bestimmen die Preise. Allein ihre Mitglieder dürfen Vieh kaufen und zum Markt bringen. Die Verbände haben Sorge zu tragen, daß das Schlachtvieh den Bedarfsorten zugeführt wird. Unredliche Zwischengewinne sind ebenso ausgeschlossen wie große Aufkäufe, die das Vieh dem Verbrauch entziehen.

Es ist ein Versuch auf neuer Grundlage. Auch bei angespanntem Bemühen wird es einer gewissen Zeit bedürfen, ehe die neue Ordnung allen Forderungen genügen kann. Die Regelung der Fleischversorgung zu erträglichen Preisen wird immer eine der schwersten Aufgaben der Kriegswirtschaft bleiben. Die Futtermittelsorge kommt hier am ersten und ganz unmittelbar zur Wirkung. Vieh läßt sich nicht beschlagnahmen wie Getreide, Viehzucht läßt sich nicht regeln wie Kartoffel- und Rübenanbau. Sorge und Liebe des Bauern für sein Vieh sind und bleiben tragende und treibende Kraft der Viehzucht. Kein Zwang kann diese Kraft ersetzen.

Eines weiß jeder Deutsche und muß es wissen, daß er

eine Fleischkost wie im Frieden nicht im Kriege erwarten kann. Wir haben zu wenig Futtermittel, die Futtermittel sind teuer. Wir haben darum weniger Fleisch und höhere Fleischpreise. Das ist Kriegsnot, an der unsere Feinde die Schuld tragen, die durch Absperrung der Futtermittelzufuhr unsere Viehzucht so teuer gemacht haben. Das feindliche Ziel ist die Zerstörung unserer blühenden Viehzucht. Wir wollen sie erhalten und wir können es nur, wenn wir unseren Fleischverbrauch beschränken und uns für den verminderten Verbrauch höhere Preise auferlegen.

d) Fett, Butter und Milch.

In großen Mengen haben wir im Frieden aus dem Ausland über See pflanzliche Fette eingeführt, die im Haushalt zu billigen Preisen Butter, Schmalz und tierisches Fett ersetzten. Der bei Kriegsausbruch noch vorhandene Vorrat ging mit der Kriegsdauer auf die Neige und schließlich zu Ende. Auf den Kriegsschauplätzen brauchen Kriegsfahrzeuge und Waffen, in der Heimat Maschinen und Fuhrwerk Fett zur Instandhaltung. Beim Mangel an ausländischen Ölen und Fetten muß auch hier die heimische Fetterzeugung aushelfen. Versiegt ist die immerhin nennenswerte Einfuhr von ausländischem, vor allem amerikanischem Schmalz und Rindertalg, erschwert die Einfuhr an ausländischer Butter. Die Knappheit an Futtermitteln aber greift empfindlich in die deutsche Fett- und Buttererzeugung ein. Das Vieh ist magerer wenn es zur Schlachtung kommt, gibt, wie erwähnt, weniger Fleisch und wenig Fett her. Die Milchkühe aber geben, vor allem in den Monaten, in denen es an Grünfutter fehlt, weniger Milch für die Butterbereitung, und die gewonnene Milch ist nicht so fettreich wie in Friedenszeiten. So haben wir unleugbar unter einem fühlbaren Fettmangel zu leiden.

Die Ursachen für den Mangel an Schweine- und Rinderfett sind die gleichen wie die für die Fleischknappheit. Wohl ist angeordnet worden, daß der Verbrauch von Fett zu industriellen Zwecken (Seifenfabrikation) erheblich eingeschränkt wird. Aber es sind doch nicht große Mengen, die auf diese Weise gespart werden können. Ein größeres Ergebnis ist von der Maßnahme des Preußischen Staates zu erwarten, nach der unter Aufwendung erheblicher Staatsmittel Futtermittel aus den Balkanländern eingeführt werden zur Mast von einer großen Zahl von Fettschweinen. Aber die Erzeugung der Friedenszeit werden wir während der Kriegsdauer doch nicht annähernd erreichen können. Auch die Belebung der Margarinefabrikation kann bei der Knappheit der für die Herstellung notwendigen Bestandteile nur ein begrenztes Ergebnis haben.

So ist es denn natürlich, und es war zu erwarten, daß bei dem Mangel an anderen Fetten der Butter eine Rolle im gesamten Fettbedarf zufallen muß, die sie im Frieden nicht hatte. Im Frieden wurde die Butter im Haushalt neben anderem Fett verwandt, zum Kochen und Braten nur vermischt oder gar nicht. Heute fehlt es an anderem Fett. Die Butter muß Ersatz sein. Der Bedarf an Butter ist größer als je zur Friedenszeit. Dem gestiegenen Bedarf aber steht eine verminderte Erzeugung gegenüber. Unter der Knappheit an Futtermitteln hat in den Herbst- und Wintermonaten 1915/16 die Milcherzeugung fast um den dritten Teil abgenommen. Entsprechend mußte die Buttergewinnung zurückgehen. Ja, es galt, dafür zu sorgen, daß nur soviel Milch verbuttert wird, daß die Milchversorgung selbst nicht in Frage gestellt wird. Denn von der ausreichenden Milchversorgung hängen Ernährung der Kinder und Pflege der Kranken und Schwachen ab.

Infolge der wachsenden Nachfrage bei begrenztem Angebot, unter dem Einfluß der hohen Preise, die das Ausland für die uns gelieferte Butter forderte, stiegen im Spätherbst 1915 die Butterpreise sprunghaft an. Entstand damit die eine Sorge, daß die Butter unerschwinglich für die Ärmeren wurde, so auch die zweite Sorge, daß die Milch in immer größeren Mengen der lohnenden Verbutterung zugeführt wurde und ein Mangel an Milch entstand. Tatsächlich schienen vorübergehend in großen Städten die Milchzufuhren versagen zu wollen. Die Herabsetzung des Butterpreises und die Festsetzung des Butterhöchstpreises diente auch dem Zwecke einer Sicherung unserer Milchversorgung. Es war selbstverständlich, daß gleichzeitig eine Steigerung des Milchpreises erfolgen mußte. Dies war nötig zum Ausgleich gegenüber dem Butterpreis, gerechtfertigt durch die verminderte Milcherzeugung und die hohen Futtermittelpreise, erforderlich, um die Milcherzeugung lohnend zu erhalten neben der Buttererzeugung und entgegen den hohen und steigenden Preisen für Rindfleisch. Zudem wurde die Verwendung von Milch zu technischen Zwecken (Farben), die Verfütterung von Vollmilch und die Herstellung von Fettkäse eingeschränkt, um die vorhandene Milch möglichst vollständig dem menschlichen Bedarf zuzuführen. Mangel an Milch ist nach vorübergehenden Stockungen der Versorgung nicht mehr empfindlich gewesen und auch künftig nicht zu besorgen.

Anders bei der Butter, die knapp ist und knapp bleiben muß. Der hohe Preis, den die Butter erlangt hat, ergibt sich einerseits aus den hohen Milchpreisen, andererseits aber wird er bestimmt durch die hohen Preise der Auslandbutter, die wir nicht entbehren können. Als bei Festsetzung der Butterhöchstpreise die Marktpreise für Butter in Deutschland niedriger wurden, erlebten wir es, daß die Butterein-

fuhr zunächst vollständig ausblieb. Später paßte sich der Auslandmarkt dem deutschen wieder an. Aber selbst wenn wir im Hinblick auf die Erzeugungskosten für die heimische Butter niedrige Preise festsetzen könnten, würde es uns der höhere Preis der Auslandbutter unmöglich machen, an ihnen festzuhalten.*) Eine Zeitlang wurde an den Auslandmärkten (Dänemark und Holland) der Butterpreis noch dadurch in die Höhe getrieben, daß die einzelnen Händler einander überboten. Diesem Mißstande ist abgeholfen, seitdem die Zentral-Einkauf-Gesellschaft das Alleinrecht am Butterankauf im Auslande erhalten hat und der freie Handel ausgeschaltet worden ist. Die Zentral-Einkauf-Gesellschaft erhält alle Auslandbutter und 15 vom Hundert der inländischen Erzeugung der großen Molkereien. Diesen Vorrat verteilt sie an die Bedarfsgemeinden, und zwar neuerdings nach einer Verordnung nur an diejenigen, die durch Butterkarten den Verbrauch geregelt haben und dem einzelnen Verbraucher nicht mehr als ein viertel Pfund Butter wöchentlich bewilligen.

Die Lösung keiner anderen Ernährungsfrage hat sich als so schwierig gezeigt, steht unter so vielen Störungen und Mißhelligkeiten wie die Butterversorgung. Hohe Butterpreise machen an sich den Ankauf schwer. Ein Viertelpfund wöchentlich ist ein gar geringer Anteil. Aber in mancher großen Stadt ist selbst die kleine Ration zum hohen Preise nur unter Schwierigkeiten zu erhalten. Nur natürlich ist es, daß für die Butter eine Verteilung gewünscht wird gleich der so vortrefflichen bewährten Brotverteilung: gleichmäßig über das ganze Reich mit der Sicherheit, den zugewiesenen Anteil zu erhalten. Aber dieser an sich so verständliche Wunsch ist nicht leicht erfüllbar. Wir haben nicht wie an Getreide an Butter den sicheren, einmal gewonnenen, eingeteilten und verteil-

* S. Kapitel „Teuerung".

baren Vorrat. Die Zufuhr vom Auslande bleibt wechselnd. Wechselnd ist die inländische Erzeugung. Bedarf und Verbrauch sind in Deutschland verschieden, gering auf dem Lande, groß in der Stadt. Und es ist keine Sicherheit vorhanden und keine Sicherheit zu schaffen, daß der Anteil, der von Reichs wegen etwa einem jeden zugeteilt wird, nun auch vorhanden ist. Es blieb kein anderer Weg, als daß die Gemeinden angehalten werden und versuchen müssen, die ihnen jeweilig zur Verfügung stehende Menge Butter einzuteilen und so zu verteilen, daß nach dem Maße des Vorrats ein jeder seine Butter erhält. Eine Regelung ganz ohne Hemmung und ohne Schwierigkeit wird auch auf diese Weise kaum allenthalben und nicht gleichmäßig für die Dauer erreicht werden können. Unsere Butter- und Fettversorgung ist ein Kriegsnotstand, der für die Kriegsdauer fühlbar bleiben muß. Hier heißt es, sich überwinden, die Mißstände ertragen, ohne laut zu klagen, die Schuld nicht mißmutig im Vaterlande suchen, sondern da, wo sie liegt, bei den Feinden, mit denen unter Entbehrungen und Mühen, denen die Butternöte denn doch nicht vergleichbar sind, Deutschlands Männer siegreich kämpfen.

e) Gemüse.

Eine lebhafte Werbearbeit für eine reichlichere Ernährung mit Gemüse an Stelle des gesteigerten Fleischverbrauchs hatte schon während der Friedensjahre eingesetzt. Es war aus gesundheitlichen Gründen geschehen und mit gutem Recht. Der Ernährungs- und Sättigungswert des Gemüses steht hinter dem des Fleisches nicht sehr zurück. Ist auch ein völliger Verzicht auf die kräftigere Fleischnahrung keineswegs anzuraten, so ist ein mäßiger Fleischgenuß bei starkem Gemüseverbrauch ohne Zweifel bekömmlicher als übergroßer Fleischverbrauch. Nun hat die Not des Krieges dem Gemüse in unserer gesamten Ernährung bei der Knappheit und den

erhöhten Preisen des Fleisches einen sehr breiten Raum angewiesen. Gemüse ist in vollem Umfange ein Hauptnahrungsmittel geworden. Es muß das Fleisch häufig vollständig ersetzen. Haben wir im Frieden gelernt, daß starker Gemüsegenuß unserer Gesundheit nur zuträglich ist, so ist die eine wichtige Kriegsaufgabe die, für ausreichende, reichliche Gemüseerzeugung Sorge zu tragen.

Es ist richtig, daß zur Friedenszeit nach Deutschland für namhafte Summen Gemüse eingeführt wurde. Aber es handelte sich um feinere Gemüsearten, vor allem um Frühgemüse vor der Zeit unserer eigenen Gemüseernte. Diese Einfuhr hatte bei mäßigen Einfuhrzöllen die Folge, daß der Absatz heimischen Gemüses erschwert war und daß darum die deutsche Gemüseerzeugung nicht den Antrieb erfuhr, den sie wohl hätte erfahren können. Wir können zur Kriegszeit den größten Teil der Gemüseeinfuhr entbehren, ohne daß wir mit unserer Gemüseversorgung eine irgendwie nennenswerte Beeinträchtigung zu erleiden haben. Wir gewinnen in Deutschland selbst genügend Gemüse für unseren Bedarf.

Die Gemüseernte des Jahres 1915 war bei dürrem Wetter allerdings karg gewesen. Das Gemüse kam nicht so reichlich zum Markt wie in früheren Jahren. Die Folge waren stark ansteigende Preise, die nicht berechtigt waren und durch Preisfestsetzungen eingegrenzt wurden. Die anfangs teilweise unter dem durchschnittlichen Friedenspreis angesetzten Preise ließen sich freilich dauernd nicht halten, sollte die so notwendige künftige Gemüseerzeugung nicht in Frage gestellt werden. Neben allen den erwähnten Ursachen für die Steigerung der Erzeugungskosten kommt bei dem Gemüseanbau noch hinzu eine Erhöhung des Preises für das Saatgut um etwa die Hälfte des alten Preises. Das muß auch im Gemüsepreis zum Ausdruck kommen. Mit einer maßvollen Steigerung der Gemüsepreise müssen wir also rechnen. Aber die Preis-

erhöhung wird um so maßvoller sein und bleiben können, je größer der Ertrag der Gemüseernte ist. Es ist von der Regierung, die eine „Kriegsgemüsebau- und Verwertungsgesellschaft" ins Leben gerufen hat, Vorsorge getroffen, daß ausreichend und zweckmäßig Gemüse angebaut und der Absatz bei angemessener Preisregelung geordnet wird. Es wird sich beim Absatz darum handeln, nicht nur den großen Verbrauchsgebieten Gemüse zuzuführen, sondern auch die Lieferung an die Konservenfabriken zu regeln. Ist es auch wünschenswert, daß der Vorrat an konserviertem Gemüse erhalten und vermehrt wird, so ist es doch notwendig, daß in erster Linie die Verbraucher ausreichend frisches Gemüse erhalten.

Die eigentliche landwirtschaftlich berufsmäßige Gemüseerzeugung kann und soll in der Kriegszeit unterstützt werden durch den Gemüseanbau im kleinen, in Haus- und Ziergärten, auf brauchbarem Brachland und in den städtischen Laubenkolonien. Fleiß und Liebe des einzelnen können hier Gutes schaffen. Freilich, nicht jedes Gemüse gedeiht in jedem Boden. Sachverständiger Rat des gärtnerisch Erfahrenen ist meist notwendig, soll nicht teurer Dung und teures Saatgut ertraglos verschwendet werden.

f) Zucker.

In den vergangenen Friedensjahren war die Zuckergewinnung Deutschlands mehr und mehr über den deutschen Zuckerbedarf hinausgewachsen. Gewaltige Zuckermengen gingen ins Ausland. Als der Krieg ausbrach, ward mit der Einfuhr von Nahrungsmitteln selbstverständlich auch die Ausfuhr abgeschnitten. Wir konnten mit einem bedeutenden Überfluß an Zucker rechnen. Es lag deshalb nahe, daß für die zweite Kriegsernte der Anbau von Zuckerrüben eingeschränkt wurde zugunsten des Getreidebaues. Das schien geboten auch deshalb, weil die für den Zuckerrübenbau not-

wendigen Stickstoff-Düngemittel außerordentlich knapp waren. Nur zwei Drittel der bisher mit Zuckerrüben bebauten Flächen wurden angebaut. Der Ertrag der zweiten Kriegsernte betrug infolgedessen nur etwa 30 Millionen Zentner gegen 52 Millionen Zentner im Vorjahre.

Nun aber war der Verbrauch an Zucker während der Kriegszeit stark gewachsen. Bei der Knappheit anderer Nahrungsmittel hielt man sich mehr als früher an den nahrhaften Zucker, in Haushalt und Konservenfabriken wurden große Mengen zum Einkochen von Marmelade und Kompott verbraucht. Zudem mußte bei dem Mangel an Futtermitteln der Zucker auch als Viehfutter stark herhalten. So war in dem der zweiten Ernte folgenden Winter erkennbar, daß von einem Überfluß an Zucker keine Rede mehr sein konnte, daß der vorhandene Zucker gerade bis zum nächsten Erzeugungsertrag ausreichte.

Im Hinblick auf den gesteigerten Bedarf für Mensch und Vieh ergab sich die Notwendigkeit, im Hinblick auf den gestiegenen Vorrat an künstlich gewonnenem Stickstoffdünger ergab sich auch die Möglichkeit, für wiederum vermehrten Anbau von Zuckerrüben zu sorgen. Es konnte das ohne Gefahr für unsere Getreidegewinnung geschehen, da der für den Rübenbau genutzte Boden nur zwei Hundertstel der gesamten Bodenfläche beträgt.

Der Preis der Zuckerrüben war bislang so niedrig, daß der Rübenbau, der außer den hohen Kosten der notwendigen sorgfältigen und mühsamen Bestellung und Ernte auch noch die großen Anschaffungskosten für den Dünger zu tragen hat, nicht mehr lohnend war. Der Notwendigkeit vermehrten Anbaues stand die Gefahr eines weiteren Rückganges des wenig lohnend gewordenen Rübenbaues gegenüber. Es war erforderlich, rechtzeitig einen höheren Preis für die Zuckerrüben der dritten Ernte sicherzustellen, um zum Anbau anzu-

regen. Das ist geschehen. Der höhere Rübenpreis, der auch einen höheren Rohzuckerpreis zur Folge hat, gilt aber erst vom 1. Oktober 1916 ab, also für den Ertrag der dritten Kriegsernte. Bis zu diesem Zeitpunkt kommt deshalb eine Erhöhung des Zuckerpreises im Verbrauch nicht in Frage. Aber es besteht außerdem die Hoffnung, daß es gelingen wird, auch nach dem 1. Oktober 1916 vom Verbrauch eine Erhöhung des Zuckerpreises abzuwenden durch eine entsprechende Verminderung des Verdienstes der Zuckerfabriken. Mehr als 1—2 Pfennige für das Pfund Zucker würde auch im ungünstigsten Falle die Preiserhöhung nicht betragen.

Zucker ebenso wie Gemüse ist zur Kriegszeit für unsere Ernährung wichtiger geworden, als sie es im Frieden waren. Schwer erträgliche Preissteuerungen sind bei beiden Lebensmitteln nicht zu besorgen, wenn die Erzeugung reichlich bleibt wie im Frieden, und es ist der erste und der maßgebende Zweck aller Verordnungen, diese Erzeugung zu erhalten und zu vermehren.

V. Erzeugung und Verbrauch.

Wenn in Friedenszeiten ein Nahrungsmittel knapp und teuer wurde, wandten sich die Blicke auf das Ausland und den Weltmarkt. Die Verkehrswege waren frei, gewaltige Massen ausländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse waren jenseits der deutschen Grenzen vorhanden. Es gab manchen Deutschen, der ohne Besorgnis eine Verminderung der einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugung angesehen hätte um den Preis stets reichlicher billiger Nahrungsmitteleinfuhr über die Grenzen nach Deutschland hinein. In England hat die Allgemeinheit so gedacht, hat die Regierung danach gehandelt. England hat heut eine verkümmerte Landwirtschaft

und konnte ohne überseeische Einfuhr von Lebensmitteln nicht leben.

Mit dem Kriegsausbruch, mit der Abschnürung unseres Außenhandels mußten sich aller Augen auf die Ertragsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft richten. Was sie an Korn und Kartoffeln, an Fleisch und Gemüse lieferte, das war für die Kriegszeit der Nahrungsmittelvorrat, von dem es zu leben galt. Wir hatten die am höchsten entwickelte Landwirtschaft der Welt. Wer nachrechnete, was sie erzeugte, und, was wir brauchen, der wußte beruhigt, daß wir vor wirklicher Nahrungsmittelnot geschützt waren. Nicht vor allen Nahrungsmittelnöten. Die haben wir erfahren und erleben sie noch.

Deutsche Erzeugung und deutscher Verbrauch sind ganz aufeinander angewiesen. Jeder Verbraucher weiß, was für ihn abhängt von der Arbeit in Stall und Acker. Der Städter hat das Erntewetter beobachten gelernt, mancher hat bei der Ernte mitgeholfen. Er hat erkennen müssen, wie Menschenernährung und Viehfütterung innig zusammenhängen, hat von landwirtschaftlicher Betriebsführung doch mehr erfahren, als er in Friedenszeit erfahren konnte und vielleicht mochte.

Trotzdem hält es immer noch schwer, das volle notwendige Verständnis zwischen Erzeugern und Verbrauchern herbeizuführen, das der Wirtschaftskrieg, seine siegreiche, geschlossene und entschlossene Durchführung erfordert. Einige Zeit standen wir mitten im Kriege vor der Gefahr einer Entfremdung zwischen Stadt und Land, wie sie tiefer im Frieden nicht erlebt worden war.

Der Verbrauch will mit billigen Nahrungsmitteln ausreichend versorgt sein. Die Landwirtschaft muß so hohe Preise fordern, daß sie ausreichende Mengen von Nahrungsmitteln erzeugen und liefern kann. Eine reichliche Erzeugung wollen

beide: Verbraucher und Erzeuger. Nur die höheren Preise, die im Kriege die landwirtschaftliche Betriebsführung noch lohnend erhalten, drücken den Verbraucher.

In den früheren Abschnitten ist gesagt worden, wie der Mangel an Arbeitskräften, an Zugvieh und Fuhrwerk, wie Mangel und Teuerung der Futtermittel sowie der geringere Ertrag des Bodenbaus und der Viehhaltung die Erzeugungskosten, die Kosten der landwirtschaftlichen Betriebsführung gesteigert haben. Es kommt hierzu der fühlbare Mangel an Düngemitteln und auch ihre Steigerung im Preise. In einzelnen Gegenden und in den einzelnen Betrieben, je nach ihrer Eigenart, sind die Erzeugungskosten im einzelnen verschieden hoch. Nicht überall wirken die gleichen Teuerungsursachen in gleichem Maße. Darum ist es leicht, für den einzelnen Betrieb nachzuweisen, daß die Teuerungsursachen nicht zutreffen, die für den anderen Betrieb vorhanden sind. Und es ist für den mit landwirtschaftlichen Verhältnissen nicht vertrauten Verbraucher schwer, der Erhöhung der Erzeugungskosten prüfend und urteilend nachzugehen. Das ist gewiß zuzugeben. Aber es ist auch zu verlangen, daß er sich mit den wieder und wieder von Regierung und Volksvertretung gewissenhaft geprüften Tatsachen abfindet.

Als feststehend muß angesehen werden, daß der Landwirt das am reichlichsten zu erzeugen strebt, was er am lohnendsten absetzen kann. Anders ist es in keinem Gewerbe. Jeder wählt die Arbeit, an der er am meisten verdienen kann. Darum geht es nicht an, die hauptsächlichsten menschlichen Nahrungsmittel besonders niedrig im Preise anzusetzen und etwa ausgleichend die Preise für minder wichtige Erzeugnisse zu erhöhen. Die Folge würde sein, daß die Erzeugung der Hauptnahrungsmittel zugunsten der unwichtigen zurückginge. Darauf hat die staatliche Preispolitik Rücksicht zu

nehmen, so wünschenswert auch immer besonders billige Preise für die unentbehrlichen Lebensmittel sein mögen.

Mangel an Düngemitteln, Mangel an Futtermitteln haben bereits vermindernd auf die landwirtschaftliche Erzeugung gewirkt. Die Getreideernte 1915 war, wenn auch ausreichend, doch nicht so hoch wie in den Friedensjahren. Schon im Frühjahr 1915 mußte einer planmäßigen Minderung der Schweinebestände näher getreten werden. Der Futtermittelmangel hat weiterhin manchen Landwirt veranlaßt, Vieh zur Abschlachtung zu bringen. Die Summen, die gerade kleine Landwirte in ländliche Sparkassen eingezahlt haben, sind vielfach unerfreuliche Beweise teilweiser Betriebseinschränkung. Was an Geld eingezahlt ist, ist an Vieh verloren.

Alles Bestreben muß im Hinblick auf die bleibende ausreichende Ernährung dahin gehen, die Erzeugungskraft der Landwirtschaft, die landwirtschaftliche Betriebssicherung in vollem Umfange aufrechtzuerhalten. Haben wir nur fernerhin ausreichend Lebensmittel, so haben wir trotz aller Schwierigkeiten und Nöte doch nicht Mangel zu besorgen. Das aber ist die erste Notwendigkeit.

Ist es für den Verbraucher Pflicht, sich mit den Kriegspreisen zufrieden zu geben, so ist für den Landwirt die Erzeugung von Lebensmitteln Kriegsdienst und Kriegspflicht. Eine Kriegspflicht ist es, da die Regierungsvorschriften ihm lohnende Betriebssicherung sicherstellen, die gewonnenen Erzeugnisse, wo immer und wann immer sie gebraucht werden, dem Markte, dem Verbrauch zuzuführen. Auch dann, wenn vergangene Erfahrungen ihm die Hoffnung erwecken, er könne zu späterer Zeit höhere Preise erhalten. Solche Rechnung, die im Frieden gelten mag, hat im Kriege kein Recht, da an jedem Tage und zu jeder Stunde der einzelne Landwirt patriotische Sorge tragen soll, wie er

das Seine tun kann zur Verhütung von Nahrungsmittelnöten.

Der Verbraucher aber darf nicht meinen, daß mit der Festsetzung niedriger Preise die Ernährungsfrage im Kriege gelöst werden kann. Er soll daran denken, wie schweren Kriegsdienst unsere Landwirte haben, die unter ungewohnten, schwierigen Verhältnissen das gleiche und mehr leisten sollen wie im Frieden. Zahlreichen Gütern fehlen die Herren, Frauen arbeiten anstatt der Männer auf den Äckern neben den Kriegsgefangenen, die guten Pferde sind fort, die Viehställe sind gelichtet, und das vorhandene Vieh muß nicht selten Hunger leiden. Daran soll auch der Städter denken, wenn ihm im Haushalt zuweilen das eine oder andere Nahrungsmittel fehlt, wenn er Mangel an Fett und Butter hat. Und er soll dem Bauer nicht die Schuld geben an dem, was die Kriegführung der Feinde verschuldet hat.

Schwer ist die Haushaltsführung des Ärmeren geworden. Mußte er im Frieden schon den größeren Teil seines Einkommens allein für die Ernährung ausgeben, so noch mehr im Kriege. Manchesmal wird es ihm trotz größtmöglichen Geldaufwandes nicht gelingen, zu erhalten, was er braucht. Solche Tage sind hart und stellen Geduld und Standhaftigkeit auf keine leichte Probe. Da gilt es, die Zähne zusammenzubeißen und des aufsteigenden Unwillens Herr zu werden. Da heißt es an die heldenhaften deutschen Männer denken, die vielleicht gerade ohne Brot und Wasser im Granatfeuer feindlichem Sturmangriff trotzen. Und die deutsche Frau, die das bedenkt, wird es nicht über sich gewinnen, dem Mann, dem Bruder ins Feld Klagebriefe zu schreiben über Butternot und Fleischpreise. Wenn dereinst der Sieg im Felde errungen und es Frieden geworden ist, dann haben auch die Lebensmittelnöte ein Ende.

Wir wissen in Deutschland längst, daß auch das feindliche

Ausland schwere Nahrungsmittelsorgen und schwere Kriegsteuerung hat. Manches Nahrungsmittel ist dort teurer, manches knapper als bei uns. Gewiß werden unsere Sorgen dadurch nicht leichter. Aber, wie der deutsche Krieger im blutigen Ringen stärker ist als der Feind, so wird kein Deutscher, kein Mann und keine Frau, im heimatlichen Wirtschafts- und Ernährungskampf schwächer sein wollen als der Feind.

Mit dem harten Kampf und dem endlichen schweren Siege im Wirtschaftskampf verdienen sich die daheim Gebliebenen den Sieg, den Deutschlands Krieger auf blutigem Schlachtfeld erstreiten. Wie im Schützengraben und in der Gefechtslinie Bauer und Arbeiter nebeneinander kämpfen und einander helfen, so soll es auch im wirtschaftlichen Kampf in der Heimat sein. Der eine darf nicht fragen, ob der andere etwa am leichteren Posten steht. Jeder hat den Platz zu halten, an den er gestellt ward. Beide stehen Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind, der ohne Unterschied beider Leben bedroht, der seine Waffen erhebt gegen die Stadt wie gegen das Land, gegen die Wirtschaft des Bauern wie gegen den Haushalt des Arbeiters.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort 1

I. Das erste Erntejahr im Kriege 4

II. Die zweite Kriegsernte 8

III. Teuerung 12

IV. Regierungsmaßnahmen nach der zweiten Kriegsernte . 20

a) Brot 21

b) Kartoffeln 25

c) Fleisch 31

d) Fett, Butter und Milch 36

e) Gemüse 40

f) Zucker 42

V. Erzeugung und Verbrauch 44

Druck von Gebhardt, Jahn & Landt G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 064147959